

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ

Geschichtspolitik in Polen

Polen erlebte seit 1989 mehrere Phasen der Geschichtspolitik:

1. Die sogenannte III. Republik (ab 1990) ließ demonstrativ alle Rituale, Festtage und Helldennamen der kommunistischen Volksrepublik streichen. Erhalten blieben einige wenige Denkmäler, gewidmet hauptsächlich der Roten Armee und den polnisch-kommunistischen Truppen, die 1943/45 an ihrer Seite gekämpft hatten. Generell galt: Was vor 1989 richtig war, war nun falsch und umgekehrt. Zum Gründungsmythos der Demokratie wurden die Republik der Zwischenkriegszeit, die nicht-kommunistische Widerstandsbewegung gegen die deutschen Besatzer (*Armia Krajowa*) sowie die Erhebungen gegen den Staatssozialismus 1956, 1968, 1970 und 1980. Die neue Geschichtspolitik wurde zugleich zu einem nützlichen Werkzeug im Umgang mit den neuen Nachbarn Polens (es gibt unter ihnen bekanntlich keinen einzigen, der vor 1989 Anrainer gewesen wäre): Der Sejm bezeichnete schon im August 1989 den Einsatz der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei 1968 als rechtswidrig, der Senat bedauerte 1990 die Zwangsumsiedlung der polnischen Ukrainer 1947. Die Leiche im Keller der deutsch-polnischen Beziehungen, schon damals als Flucht und Vertreibung apostrophiert, wurde in einer lebhaften innerpolnischen Debatte thematisiert. Der Staat beteiligte sich daran nicht, hingegen räumten die Medien ihr viel Platz ein. Auch in den polnisch-russischen Beziehungen schienen die Altlasten beseitigt: Der russische Staatspräsident ließ Polen die wichtigsten Dokumente zum Fall Katyn bereits im Herbst 1992 zukommen, die III. Republik verwandelte in den folgenden Jahren die Massengräber in Russland und in der Ukraine in schlichte und gerade deshalb eindrucksvolle Gedenkstätten.

2. Schwerer tat sich der neue Staat mit den Akten der kommunistischen Geheimpolizei. Es entwickelte sich eine heftige Debatte: Die einen wollten den Giftschrank versiegeln, die anderen dem deutschen Beispiel folgen und forderten Offenlegung. Letztere siegten, ein *Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN)* entstand 1999. Das deutsche Vorbild blieb insofern relevant, als das Institut die Akten der politischen Polizei Polens übernahm; zusätzlich wurde das IPN jedoch mit staatsanwaltschaftlichen Aufgaben hinsichtlich der Ermittlung gegen nationalsozialistische und kommunistische Verbrechen im Zeitraum von 1939 bis 1990 betraut.

Das IPN war seit seiner Gründung an der Durchleuchtung (*lustracja*) der Hochbürokratie und der Akteure des öffentlichen Lebens beteiligt, die in ihrer Logik – wenngleich nicht

in ihrem Umfang – der Regelüberprüfung im deutschen öffentlichen Dienst entsprach: Auf die Frage nach einer etwaigen Zusammenarbeit mit der kommunistischen politischen Polizei mussten sich ca. 23 000 Personen, Angestellte in öffentlichen Funktionen – von Abgeordneten, Senatoren, politischen Beamten, Verantwortlichen in den öffentlich-rechtlichen Medien über lokale Amtsträger bis hin zu Richtern und Staatsanwälten – als unbetroffen erklären. Falls der zuständige Sonderstaatsanwalt die Erklärung beanstandete, waren die Mitarbeiter des IPN als Experten gefragt. Seit der Gesetzesnovellierung von 2007 übernahm der staatsanwaltschaftliche Zweig des Instituts in diesen Fällen die Ermittlungen und Anklageerhebung.

Seine vielfältigen Ziele – von Staatsanwalt über Aktenverwaltung bis hin zur politischen Bildungsarbeit – verfolgte das IPN in der Amtsperiode des ersten Vorsitzenden der Behörde, des Juristen Leon Kieres (2000–2005), mehr oder minder erfolgreich. Es waren seine wissenschaftlichen Mitarbeiter, die 2002 eine umfangreiche, quellengesättigte und professionelle Untersuchung zum Thema Mord an den Juden in Jedwabne 1941 vorlegten.

In der durch den Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 vorzeitig beendeten Amtsperiode des auf Kieres folgenden Vorsitzenden, des Historikers Janusz Kurtyka, entwickelte sich das IPN zu einem staatlichen Akteur, der ebenso offen wie parteilich in die innenpolitischen Auseinandersetzungen eingriff: Zahlreiche Anzeigen sowohl gegen Gegner der von 2005 bis 2007 regierenden rechten Koalition als auch gegen Abgeordnete und Verfassungsrichter wurden von Anfeindungen durch die der Koalition nahestehenden Presse flankiert, die durchgehend auf Material aus dem IPN beruhten. Weder die Anzeigen noch die den Blättern zugespielten Akten führten zur Verurteilung bzw. Verdammung der Angeklagten; lediglich im Fall von römisch-katholischen Würdenträgern überführte das Institut einige der Schuldigen.

Eine erfolgreiche staatsanwaltschaftliche Anklage, was bedeutet, dass wenigstens die Hauptverhandlung eröffnet wurde, kostete den Steuerzahler im Durchschnitt knapp eine Million Euro, rechnete ein boshafter Kritiker nach. Der Haushalt des IPN entspricht mit etwa 60 Millionen Euro gut einem Drittel des Haushalts der größten polnischen Hochschule mit ihren 60 000 Studenten und Tausenden von Mitarbeitern; logischerweise verwendet die Universität Warschau mit ihren Dutzenden von Studienrichtungen und Forschungseinrichtungen geschätzt einige Promille ihres Etats für Zeitgeschichte.

Anders formuliert: Das IPN ist auch finanziell eine Großmacht in der polnischen Wissenschaftslandschaft. Somit prägt es nicht nur die Bilder der Vergangenheit, sondern auch die Vorstellung davon, was Geschichtswissenschaft eigentlich bedeutet.

3. Die Jahre 2005 bis 2007 stehen in mehrfacher Hinsicht für eine Wende in der Geschichtspolitik. Die in den Wahlen 2005 erfolgreiche Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS, Recht und Gerechtigkeit), die bald auch den Präsidenten stellte, wertete den Ruf nach Stärkung der nationalen Identität und Abgrenzung, in dem eine deutliche Distanz zum europäischen Westen und damit zu den Grundsätzen und Zielen der III. Republik mitschwang, gegenüber den »anderen« zu einem programmatischen Grundsatz auf. Die PiS hatte Erfahrungen gesammelt mit dem von ihren jungen Funktionären gebauten, 2004 eröffneten Museum des Warschauer Aufstands, das innerhalb kurzer Zeit zu einem Publikumsmagnet geworden war.

Das Haus ist modern in der Form, seine Ausstellung vermeidet jede Auseinandersetzung um Sinn und Bilanz der Erhebung vom Sommer 1944 und strahlt Zuversicht in die eigene Tatkraft und die moralische Überlegenheit des Opfers aus. Die PiS versuchte in ihrer Regierungszeit, diesen Erfolg auf anderen Gebieten zu operationalisieren. Die Geschichte ist lang, lässt sich aber auf einen Satz verkürzen: Im Juni 2007 forderte der Ministerpräsident der PiS, Polen müsse wegen seiner Opfer im Zweiten Weltkrieg ein größeres Stimmengewicht innerhalb der EU erhalten: »Wir fordern derzeit nur, dass man uns zurückgibt, was uns genommen wurde. Wenn Polen nicht die Zeit von 1939 bis 1945 erlebt hätte, dann wäre es heute ein Land mit 66 Millionen Einwohnern.«

Mit dieser nicht so sehr an Brüssel wie an die Mitgliedstaaten gerichteten Forderung war der Höhepunkt der Instrumentalisierung der Geschichte, in der Innenpolitik ohnehin höchst umstritten, erreicht und überschritten. Die PiS wurde drei Monate später abgewählt. Die seit Herbst 2007 regierende *Platforma Obywatelska* (PO, Bürgerplattform) verzichtete auf Geschichte als Argument in Innen- und Außenpolitik. Ihr Vorzeigeprojekt, das für 2014 geplante Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig, hat außer dem Ehrgeiz, eine zeitgemäße Kultureinrichtung zu sein, mit dem Warschauer Aufstandsmuseum nichts gemein. Und der seit 2007 amtierende Ministerpräsident Donald Tusk entnimmt aus der Geschichte zwar Stoff für publikumswirksame Reden wie am 1. September 2009 auf der Danziger Westerplatte (wo im September 1939 ein kleiner Trupp polnischer Soldaten eine Woche lang die deutschen Angriffe abwehrte) oder am 7. April 2010 in Katyn, er nutzt sie aber nicht, um Polen und seine Nachbarn zu spalten.

4. Welche Rolle spielen die Historiker? Fangen wir damit an, dass die Zeitgeschichte, wie überall, auf das weitaus meiste Interesse stößt. Im polnischen Fall bedeutet dies, dass die Historiker des IPN, die sich ausschließlich mit der Geschichte nach 1939 beschäftigen, in der ersten Reihe stehen, und die zahllosen Titel der Behörde quantitativ weit vor der Produktion der Universitäts- und sonstigen akademischen Historiker rangieren. Das heißt nicht zuletzt, dass die Forschung über die Zwischenkriegsperiode fast zum Stillstand gekommen ist: Bis auf Außenpolitik, Minderheitenfragen und *Gender Studies* spielt sie keine Rolle in der zeithistorischen Landschaft. Für den Zweiten Weltkrieg ergibt sich ein anderes Bild: Hauptsächlich finden wir eine Flut von Studien über die sowjetische Besatzungszone 1939/41, viele Arbeiten über die Ostgebiete von 1941 bis 1944 und den dortigen (vorwiegend polnischen) Widerstand, jedoch wenig Neues über die von Deutschland besetzten Gebiete, sehr viel wiederum über die antideutsche Résistance und den Holocaust. Zu Volkspolen (1944–1989) dominieren zahlenmäßig auf der einen Seite die IPN-Studien über Verfolgung und Widerstand, die Erhebungen von 1956, 1968, 1970, 1976 und 1980 sowie allgemein zu den Achtzigerjahren als Dekade der Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und *Solidarność*. Auf der anderen Seite finden wir die gleichsam konträre Erzählung über Alltag, Sozial- und Kulturgeschichte der Volksrepublik (vor allem in der *Roten Reihe* des polnischen Trio-Verlags). Historiker forschen also, obwohl sie mittlerweile gelernt haben, dass Zeitgeschichte auch in der Demokratie ein Politikum bleibt und sie selbst nicht so sehr nach dem Inhalt ihrer Arbeit, sondern nach Klappentext und Verlag eingeordnet werden.

5. Dies gilt selbst für die größten Debatten, die bezeichnenderweise nicht von einem Warschauer oder Krakauer Historiker ausgelöst wurden, sondern von dem in Princeton lehrenden Jan Tomasz Gross. Seine Bücher¹ über die polnischen Nachbarn, die im Juli 1941 ihre jüdischen Mitbewohner in Jedwabne ermordeten und die Angst der Polen vor der Rückkehr der Juden nach 1944, provozierten Diskussionen, in denen es um weit mehr als um Zeitgeschichte ging. Letztlich fasste der prominente Konservative Andrzej Nowak seine Ablehnung der selbstkritischen Betrachtung der Nationalgeschichte in der Formel zusammen »Westerplatte oder Jedwabne«: Entweder beschäftigen sich die Historiker mit den Polen als Helden und Opfern, was gut und nützlich sei, oder mit deren Vergehen und Fehlern, was die Nationalgemeinschaft schwäche. Die Antwort des liberalen Opponenten Pawel Machcewicz erschien unter dem ebenso vorhersehbaren wie programmatischen Titel »Westerplatte und Jedwabne«: Erforschen soll man sowohl die Höhen als auch die Niederungen der Nationalgeschichte. Ein Konsensus blieb trotz des offensichtlichen Angebots des Liberalen unerreichbar.

Nicht nur in der Auseinandersetzung um das IPN ersetzt dieses Aneinandervorbeireden den Dialog. Die Historikerlandschaft spiegelt damit die Existenz von »zwei Polen« wider: zwei miteinander kaum noch kommunizierende Kulturgemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft. Ähnlich wie im Fall der »zwei Spanien«, ist dabei die Sympathie der Kirche ebenso eindeutig auf der einen Seite zu finden wie der Widerstreit zwischen dem *sacrum* und *profanum* als Schlüssel für die Erklärungsansätze.

6. Ungeachtet der oben skizzierten Prozesse vollzieht sich noch ein anderer, der mit den beschriebenen relativ wenig zu tun hat und trotzdem genauso viel Interesse verdienen dürfte. Illustriert wird er durch die Auseinandersetzung um den Tod des polnischen Ministerpräsidenten im Exil General Władysław Sikorski, der bei einer Flugzeugkatastrophe in Gibraltar am 4. Juli 1943 ums Leben kam. Die amtliche britische Untersuchung verwies auf eine technische Ursache des Unglücks. Doch schon im Sommer 1943 gab es Gerüchte, die hinter der Katastrophe einen Anschlag witterten, wobei die Motive dafür im Fall eines sowjetischen, britischen, deutschen oder sonstigen Auftraggebers höchst unklar blieben. Auch nach Jahrzehnten der Forschung werden diese Gerüchte von keinem professionellen Historiker ernst genommen. Dennoch schaffte es ein Publizist, der sich auf Verschwörungstheorien spezialisiert hat, in unzähligen Fernsehsendungen, den Verdacht eines Anschlags zu revitalisieren; Sikorski sei schon vorher ermordet – erschossen, erwürgt oder vergiftet – worden, die inszenierte Katastrophe habe nur der Vertuschung des Mordes gedient. Der private Sender investierte relativ viel Geld in einen Kinofilm, der diesen Unsinn in einprägsame Bilder umsetzte, das staatliche IPN ordnete eine Exhumierung des Leichnams an, um dem Gerücht nachzugehen – obwohl die Experten eindringlich vor einer Blamage warnten. Das Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchung bestätigte den Befund der Historiker: Der General war in der Katastrophe umgekommen. Der Spielfilm erlebte trotzdem seine Premiere (und wird vermutlich noch oft im Fernsehen zu sehen sein). Das IPN nahm zur eigenen mitproduzier-

1 Siehe Jan Tomasz Gross: *Neighbors: The Destruction of the Jewish Community in Jedwabne, Poland*. Princeton, NJ, 2000; dt. Fassung: ders.: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001; ders.: *Fear: Anti-Semitism in Poland After Auschwitz*, New York 2006.

ten Blamage nie Stellung, und auf Wikipedia finden wir heute eine Darstellung der Katastrophe, die den Eindruck vom mysteriösen Anschlag nur erhärtet.

Ähnlich wird wohl in Zukunft die Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10. April dieses Jahres (die bei den Polen ähnliche Emotionen weckt wie der 11. September 2001 bei den Amerikanern), in welcher der Staatspräsident und seine 95-köpfige Entourage verunglückt sind, verhandelt werden: Die Experten weisen einen Unfall nach (der vermutlich weitgehend auf menschliches Versagen zurückzuführen ist), im Internet hingegen blühen Verschwörungstheorien. Man kann sogar »Filme« sehen, in denen der – selbstverständlich schuldige – russische Geheimdienst die Überlebenden der Katastrophe mit Pistolenschüssen hinrichtet. Die Historiker, die eines Tages die Flugsicherheitsexperten als Interpretatoren des 10. April 2010 ablösen werden, werden genauso machtlos sein wie sie es im Fall von Gibraltar 1943 schon heute sind: Das Internet, die so herrlich unzensurierte Gegenöffentlichkeit, weiß es besser.

7. Die Ankunft in der Postmoderne schmerzt. Auf der einen Seite finden wir mit dem IPN eine staatliche Behörde, die trotz härtester Kritik der Öffentlichkeit ihre Deutungshoheit der polizeilichen Akten aus der Zeit des Staatssozialismus in die innenpolitischen Auseinandersetzungen einer Demokratie einzubringen versucht. Darüber hinaus macht sie jeden denkbaren Unfug mit; auch eine Ermittlung gegen Adolf Hitler und sein Gefolge hat sie erst vor Kurzem eingestellt. Auf der anderen Seite ist das Internet zu einer Quelle von Verdächtigungen, Lügen und Entstellungen geworden, die professionelle Expertise vorsätzlich vermeidet und vielleicht gerade deshalb so erfolgreich ist. Letztlich verbinden IPN und Internet zwei Dinge:

- *anything goes*;
- der Historiker aus den vorangegangenen Jahrzehnten mit seinem Wenn und Aber stört nur noch und zwar keineswegs ausschließlich dann, wenn es um die Aufarbeitung des 20. Jahrhunderts geht.

